

Meine Woche im Bayerischen Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister **Hubert Aiwanger hat seine erste Regierungserklärung** mit dem schlagkräftigen Titel „Bayerisches Aktionsprogramm Energie“ gehalten. Seine Kernbotschaft: Er möchte die Energiewende in Bayern mit rund 70 Einzelmaßnahmen weiter ankurbeln. Dafür hat er von uns viel Zuspruch geerntet. Aiwanger ist es binnen eines Jahres gelungen, der lange vernachlässigten Energiewende in Bayern neuen Auftrieb zu geben. Er setzt nicht nur eine Stromwende in Gang, sondern auch eine Wärme- und Verkehrswende – um die ökonomischen Chancen der Energiewende gebündelt zu nutzen.

Das Maßnahmenpaket des Wirtschaftsministeriums umfasst unter anderem Investitionen in die Kraft-Wärme-Kopplung, die Digitalisierung der Stromversorgung und der Wasserstoffwirtschaft, eine „Bayerische Landesagentur für Energie- und Klimaschutz“



Der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger bei seiner ersten Regierungserklärung im Plenum des Landtags.



*Wolfgang Hauber, MdL
Innenpolitischer Sprecher*

und Initiativen für Solarthermie, Photovoltaik, Wasserkraft, Geothermie sowie für Bio- und Windenergie. Außerdem sollen erneuerbare Energien dezentral und schneller ausgebaut werden, um so deutlich mehr klimafreundliche, sichere und saubere Energie aus

der Heimat für die Heimat zu produzieren. Begrüßenswert ist, dass Bürger, Kommunen und Unternehmen als wesentliche Erfolgsfaktoren in die Energiewende miteinbezogen werden sollen. **Der Wirtschaftsminister folgt damit eng dem langjährigen Kurs von uns FREIEN WÄHLER.** Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir eine energiepolitische Zukunftsstrategie entwickelt, die durch Verzahnung aller erneuerbaren Energien, leistungsstarken Speichern und intelligenten Netzen die wichtigste Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende in Bayern schafft.

Rückblick



Hartnäckigkeit haben wir auch bei der **Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe** bewiesen. Jetzt liegt das Konzept von Kultusminister Piazzolo vor – und es kann sich mehr als sehen lassen. Vor allem ist es ein wichtiger Schritt auf unserem Weg, für mehr Vertiefung, mehr Schwerpunkte und mehr Wahlangebote am bayerischen Gymnasium zu sorgen. Durch die Sicherung einer breiten Allgemeinbildung und die Einführung eines Leistungsfachs als interessens- und begabungsgerechte Vertiefungsmöglichkeit wird ein alltagsnaher und gleichzeitig umfassender Kompetenzerwerb am Gymnasium sichergestellt. Mit dem Leistungsfach setzt der Kultusminister nicht nur unsere Forderung nach mehr Wahlmöglichkeiten um, sondern trägt auch dem ausdrücklichen Wunsch der Schulfamilie nach mehr individueller Profilschärfung der Schüler Rechnung. Indem das Leistungsfach die individuellen Begabungen und Interessen der Schüler fördert, werden diese noch besser auf die zunehmend komplexere Berufs- und Arbeitswelt vorbereitet. So werden beste Voraussetzungen geschaffen, um die Berufs- und Studierfähigkeit zu fördern und damit zu einer Absenkung der Studienabbruchsquoten und zur Sicherung qualifizierter Fachkräfte beizutragen. **So verstehen wir FREIE WÄHLER verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Bildungspolitik!**



Einen Teilerfolg konnten wir bei der Bezahlung von Grund- und Mittelschullehrern erreichen: Der Ministerrat hat entschieden, durch Beförderungen von rund 2.000 Lehrerinnen und Lehrern für eine bessere Bezahlung und damit für die Stärkung des Berufs zu sorgen. Die Aufgaben der Lehrkräfte werden an allen Schulen anspruchsvoller: Durch Integration, Inklusion und eine zunehmend heterogene Schülerschaft sind die Lehrkräfte mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Grund- und Mittelschullehrkräfte sind von dieser Entwicklung besonders betroffen und leisten dennoch tagtäglich herausragende Arbeit. Für uns FREIE WÄHLER ist klar, dass sich dieses Engagement perspektivisch auch in einer höheren Besoldung widerspiegeln muss. Durch das jetzt beschlossene **Stellenhebungsprogramm** mit einem Gesamtvolumen von zwölf Millionen Euro Jahreskosten kommt der Ministerrat unserer Forderung nach einer gleichberechtigten Eingangsbesoldung aller Lehrämter mit A13 einen ersten wichtigen Schritt entgegen. Dank gilt dafür allen voran Kultusminister Piazzolo, der sich für diese Anhebung starkgemacht hatte.



Eingesetzt haben wir uns auch für den **Lärmschutz entlang der bayerischen Bahnstrecken**. Denn wir wollen den Güterverkehr erfolgreich und im großen Stil von der Straße auf die Schiene verlagern. Doch dazu ist die Akzeptanz von Anwohnerinnen und Anwohnern an Bahnstrecken der wichtigste Schlüssel. Deshalb wollen wir die modernsten und effizientesten Lärmschutzmaßnahmen einrichten – in den Ballungszentren wie im ländlichen Raum. Der Lärmschutz entlang einer Bestandstrasse muss bereits vor dem Bau einer Neubaustrecke verbessert werden – und zwar auf demselben Niveau, wie er für Neubaustrecken gilt.

Die Bundesregierung setzt bereits wichtige Impulse für Forschung, Entwicklung und Markteinführung innovativer Lärmvermeidungstechniken und leiserer Güterwaggons. Wir FREIE WÄHLER fordern, dass der Bund zudem die Anschaffung moderner Triebwagen und Lokomotiven sowie die Modernisierung älterer Fahrzeuge durch einen Innovationsbonus unterstützt.



Wir werten es als großen Erfolg, dass der Freistaat Bayern **Ultrafeinstaub-Messungen** in Angriff nimmt und den Flughafen in die Überlegungen für das Messnetz einbeziehen will. Unser entsprechender Antrag fordert die Staatsregierung auf, Messungen im Umfeld des Flughafens München zu prüfen. Das wird geschehen, falls der Abschlussbericht eines Forschungsvorhabens des Umweltbundesamtes am Flughafen Frankfurt relevante Ultrafeinstaub-Belastungen ergeben sollte. Wir FREIE WÄHLER hatten das Thema bereits 2017 mit einer Expertenanhörung auf die Agenda des Landtags gesetzt. Jetzt, in Regierungsverantwortung, können wir eine Monitoring-Strategie für Ultrafeinstaub angehen. **Umweltminister Thorsten Glauber stellt dankenswerterweise die Mittel für die hierzu erforderlichen komplexen Messgeräte im Haushalt bereit.** So bringen wir Licht ins Dunkel, denn über die Gesundheitsgefahren der mikroskopisch kleinen Teilchen ist noch wenig bekannt. Gerade deshalb haben wir uns hartnäckig dafür eingesetzt, dass auch am größten bayerischen Flughafen Messungen durchgeführt werden.

Das wird geschehen, falls der Abschlussbericht eines Forschungsvorhabens des Umweltbundesamtes am Flughafen Frankfurt relevante Ultrafeinstaub-Belastungen ergeben sollte. Wir FREIE WÄHLER hatten das Thema bereits 2017 mit einer Expertenanhörung auf die Agenda des Landtags gesetzt. Jetzt, in Regierungsverantwortung, können wir eine Monitoring-Strategie für Ultrafeinstaub angehen. **Umweltminister Thorsten Glauber stellt dankenswerterweise die Mittel für die hierzu erforderlichen komplexen Messgeräte im Haushalt bereit.** So bringen wir Licht ins Dunkel, denn über die Gesundheitsgefahren der mikroskopisch kleinen Teilchen ist noch wenig bekannt. Gerade deshalb haben wir uns hartnäckig dafür eingesetzt, dass auch am größten bayerischen Flughafen Messungen durchgeführt werden.



Wichtig ist uns auch, dass die **Auswirkungen der neuen EU-Eigenkapitalregeln** jetzt genauestens geprüft werden. Denn die Folgen für Bayern sind nicht unerheblich – IHKs und Handwerkskammern schlagen bereits Alarm. So schätzt die Deutsche Bundesbank, dass sich durch Basel III der Kernkapitalbedarf deutscher Banken

durchschnittlich 23,7 Prozent erhöhen wird. Außerdem strahlen strengere regulatorische Anforderungen an den Finanzsektor auch auf unsere Realwirtschaft aus – Bankkredite werden teurer. Doch gerade im Zeichen des derzeitigen konjunkturellen Abschwungs darf die Mittelstandsfinanzierung nicht weiter unter Druck geraten. **Deshalb haben wir FREIE WÄHLER sofort gehandelt** und fordern die Staatsregierung gemeinsam mit unserem Koalitionspartner auf, den Belangen der deutschen Wirtschaft bei der Umsetzung von Basel III auch auf europäischer Ebene Rechnung zu tragen. Die von der EU-Kommission angekündigte Basel III-Auswirkungsstudie muss daher alle Regulierungsmaßnahmen – auch die schon umgesetzten – berücksichtigen.



Eine vernünftige, nachhaltige und bürgerliche Politik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nach pragmatischen Lösungen sucht: **Mit diesem Ziel waren wir FREIE WÄHLER vor rund einem Jahr angetreten, um Regierungsverantwortung zu übernehmen. Bei einer Pressekonferenz im Landtag haben wir eine Bilanz der vergangenen zwölf Monate gezogen.** Die Erfolge der Koalition können sich sehen lassen – die Entfristung zahlreicher Lehrerstellen, die weitgehende Beitragsfreiheit für den Kita-Besuch und ein Härtefallfonds für Straßenausbaubeiträge gehen auf das Konto von uns FREIEN WÄHLERN. Wir haben uns einen Namen als pragmatische Problemlöser gemacht und scheuen uns auch nicht, unangenehme Themen aufzugreifen. Mit guter Standortpolitik kämpfen wir um die Dominanz bei wichtigen Zukunftstechnologien und auch in der Bildungspolitik konnten wir bereits wichtige Akzente setzen.

Im kommenden Jahr wollen wir den Fokus wieder stärker auf die Leistungsträger der Gesellschaft legen. Denn alle jene Menschen im Freistaat, die täglich zur Arbeit pendeln, Ehrenämter übernehmen und ihre Kinder großziehen, sind die Säule unserer Gesellschaft – und diese gilt es zu stärken. Außerdem wollen wir mehr Artenschutz in die Fläche bringen und den Klimaschutz ankurbeln, damit der Freistaat bis spätestens 2050 klimaneutral wird. Fest steht: Wir wollen Kurs in der politischen Mitte halten – und so der Stabilitätsanker für die Staatsregierung bleiben.

Aus der Region...

Harald Romanowski (Mitte) ist der Bürgermeisterkandidat der FREIEN WÄHLER Gunzenhausen und **Stefan Bauer** (rechts im Bild) der FW-Kandidat für die Position des Landrats im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen bei der Kommunalwahl 2020. Herzlichen Glückwunsch zur Nominierung.



Die FREIE WÄHLER Weißenburg starten in den Kommunalwahlkampf und stellen ein 24-köpfiges Kandidatenteam für die Stadtratswahlen am 15. März 2020 auf.



Weitere Infos findet ihr auf der Homepage hier:

<https://www.fw-weissenburg.de/aktuelles/aktuelles-details/...>

Zum Schluß noch eine sehr positive Info...

Sonderinvestitionsprogramm für Kita-Ausbau in Bayern

Der Kita-Ausbau in Bayern geht weiter voran. Die Staatsregierung unterstützt die Kommunen beim Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder bis zur Einschulung und erhöht die Zahl der geförderten Plätze auf 63.500. Bayerns **Familienministerin Kerstin Schreyer**: „Wir schaffen maßgeschneiderte Kindertagesbetreuung und unterstützen die Kommunen dabei mit Nachdruck. Im Koalitionsvertrag waren 42.000 Plätze vereinbart. Im September haben wir beschlossen, das Ausbauziel auf 50.000 Plätze zu erhöhen.“ Weitere Informationen finden Sie hier: [Kita-Ausbau](#)



Das war´s für heute. Ich wünsche Euch einen schönen Montag und eine erfolgreiche Woche!

Ihr Wolfgang Hauber

Impressum

Wolfgang Gräf, Presse, Medien & Kommunikation, Bürgeranfragen

V.i.S.d.P.: **Abgeordnetenbüro Wolfgang Hauber**
Innenpolitischer Sprecher
Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag

Bahnhofstraße 19, 91781 Weißenburg, Tel.: 09141 / 99 70 170

Email: wolfgang.hauber@fw-landtag.de
Homepage: www.mdl-wolfgang-hauber.de
Facebook: www.facebook.com/hauberwolfgang/
Instagram: www.instagram.com/hauberwolfgang/
Twitter: www.twitter.com/@HauberHauwei
